



BUNDESTAGSWAHL  
2021



## IHK-Vorschläge zum Themenfeld **Innovation & Gründung**



IHK  
Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# Digitale Schlüsseltechnologien vorantreiben

## Situation

Deutschland hinkt im digitalen Wettbewerb hinterher. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit und digitale Souveränität.



## Zielsetzung

Deutschland und EU nehmen bei digitalen Schlüsseltechnologien internationale Spitzenplätze ein.



## Lösung

Digitalisierungsstrategie mit schnellen und effektiven Maßnahmen auf- und umsetzen.



### Impuls 1

Digitalisierung strategisch angehen und digitale Souveränität sicherstellen

1) Deutschland ist bei der Digitalisierung nicht wettbewerbsfähig (6. der G7).<sup>1</sup> Die Wirtschaft läuft Gefahr, digital den Anschluss zu verlieren.

2) In Deutschland entstehen wenig disruptive, erfolgreiche digitale Geschäftsideen. Der Fokus der Politik liegt auf Digitalisierungsprojekten innerhalb bestehender Industrien.

3) Mangels eigener zentraler digitaler Technologien besteht in manchen elementaren Digitalbereichen (z.B. Plattformen, Infrastruktur) eine Abhängigkeit, die Innovationsspielräume und Sicherheit gefährden können.

1) Deutschland nutzt die Chancen der Digitalisierung engagiert und hat seine Aktionen dazu umfassend, aus einem Guss und schlagkräftig ausgerichtet.

2) Digitalen Einhornern den Weg bereiten: Ein branchenübergreifendes, digitales Ökosystem und ein digitales Mindset fördern innovative und disruptive digitale Geschäftsideen.

3) Deutschland und die EU sind in kritischen Digital- und Datenbereichen souverän und bringen eigenständige innovative Technologien und wettbewerbsfähige Lösungen hervor.

1) Die Bundesregierung erstellt langfristige Digitalstrategie mit schnellen, effektiven Investitionen (z.B. Zukunftsfond umsetzen). Leuchtturmprojekte realisieren statt Dschungel an Fördermaßnahmen konservieren.

2) Branchenübergreifenden Austausch und Projekte zu Digitalem unterstützen. Entrepreneurship stärken und Gründungen erleichtern (online in 1 Tag). Wachstumsfinanzierung sichern (z.B.VC-Fond).

3) Kernkompetenzen im Bereich zentraler Technologien, Infrastrukturen und Dienstleistungen vorhalten (z.B. KI, 6G, Industrieplattformen,...). EU-weite Datenstrategie umsetzen.



### Impuls 2

Spitzenposition in digitalen Technologien erreichen

1) Bei Zukunftstechnologien wie KI oder Blockchain haben die EU und Deutschland noch eine Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen – auch wenn andere Länder (USA, China,...) schon weiter sind.

2) Wegweisende Zukunftstechnologien wie Quantencomputing, 6G,... bieten enormes Potenzial für die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft.

3) Der breiten Nutzung digitaler Schlüsseltechnologien stehen häufig regulative Einschränkungen, fehlende Treiber und mangelnde Akzeptanz gegenüber.

1) Deutschland nimmt als regionaler Leuchtturm in der EU einen internationalen Spitzenplatz bei digitalen Schlüsseltechnologien und deren breiter Nutzung ein.

2) Deutschland greift Zukunftstechnologien frühzeitig auf um Technologieführerschaft und breite Anwendung zu erreichen.

3) Erschwerende Rahmenbedingungen für digitale Schlüsseltechnologien werden früh identifiziert und verbessert.

1) KI-Strategie konsequenter umsetzen (z.B. KI-Professuren zügig besetzen), Maßnahmen der Blockchain-Strategie ausrollen, Bundesstrategien und EU-Vorhaben stärker verknüpfen.

2) Entwicklung von Zukunftstechnologien gezielt und schlagkräftig mit konzentrierter Strategie fördern. Dabei früh auch die wirtschaftliche Nutzbarkeit in den Fokus stellen.

3) D greift frühzeitig digitale Schlüsseltechnologien für eigene digitale Verwaltungszwecke auf. Dazu wird umfangreich informiert & regulative Einschränkungen frühzeitig identifiziert und beseitigt.



### Impuls 3

Mittelstand mitnehmen

1) Kleine und mittlere Unternehmen profitieren oft mangels Wissen, Kompetenzen und Ressourcen weniger und später von digitalen Schlüsseltechnologien.

2) Erst 25% der IHK-Mitglieder sieht sich digital gut oder sehr gut aufgestellt.<sup>2</sup> Erhebliches Potenzial für mehr Effizienz, Absatzmärkte und Kommunikation liegt brach.

1) Kleine und mittlere Unternehmen sind frühzeitig über technologische Entwicklungen informiert und setzen sie zügig, sicher und zielführend für ihre Zwecke ein.

2) Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen schöpfen die Chancen der Digitalisierung für sich umfassend aus.

1) Know-How-Transfer zwischen Wissenschaft, Mittelstand und Startups sicher stellen. Regionale Info- und Vernetzungseinheiten mit Teststationen als Anlaufstellen ausbauen (Mittelstand 4.0-Zentren).

2) Informationsmaßnahmen und Impulse zu Digitalisierung & IT-Sicherheit werden angeboten. Förderprogramme wie Go Digital, digital jetzt & ZIM werden evaluiert und ggf. schlagkräftiger verknüpft.

# Digitale Schlüsseltechnologien vorantreiben

## Situation

Deutschland hinkt im digitalen Wettbewerb hinterher. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit und digitale Souveränität.



## Zielsetzung

Deutschland und EU nehmen in digitalen Schlüsseltechnologien internationale Spitzenplätze ein.



## Lösung

Digitalisierungsstrategie mit schnellen, effektiven und konzertierten Maßnahmen.



## Impuls 4

### Digitale Kompetenz und Akzeptanz stärken

- 1) 9 von 10 Jobs benötigen digitale Kompetenzen.<sup>3</sup> 2/3 der Unternehmen haben aufgrund des Fachkräftemangels Schwierigkeiten, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen.<sup>4</sup>
- 2) Neue Technologien wie KI, Robotik oder Blockchain stoßen in der Gesellschaft auf Skepsis, die einer breiten Nutzung neuer Lösungen entgegensteht.

1) Unternehmen und ihre Mitarbeiter haben ausreichende digitale Kompetenz um den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.

2) Die Gesellschaft geht offen, informiert und digital kompetent mit neuen Technologien um. Neue Technologien sind transparent und halten ethische Standards ein.

1) Digitale Kompetenzen müssen umfassend vermittelt werden: in Schulen, Berufsausbildung, Studium und berufsbegleitend.

2) Wissen um und Nutzen neuer Technologien durch niedrigschwellige Diskurs- und Informationsangebote vermitteln. Unternehmen in die Entwicklung ausgewogener Ethik-Standards involvieren.



**Ausufernde Bürokratie, steuerliche Hürden und fehlendes Kapital hemmen Gründungen**



**Gründerfreundliche Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen**



**Bürokratische und steuerliche Hürden abbauen sowie Wachstumskapital mobilisieren**



## Impuls 1

### Bürokratische Hürden bei Gründungen abbauen

- 1) Gründer müssen gleiche Daten zu bestimmten Standardinformationen verschiedenen Behörden und Verwaltungen mitteilen, was gerade in der Startphase eine unnötige und vermeidbare Belastung darstellt.
- 2) Für eine Gründung sind eine Vielzahl von Behörden über unterschiedliche Kanäle zu kontaktieren. Das stellt für Gründer eine hohe Belastung dar. Anmeldungen beim Finanzamt und Handelsregister dauern zu lange.
- 3) Gründer starten oft alleine oder mit wenigen Mitarbeitern. Kleinunternehmer (< 50 Mitarbeiter) schultern bis zu zehn Mal höhere Bürokratiekosten pro Mitarbeiter als größere Unternehmen (> 250 Mitarbeiter).

- 1) Mit der expliziten Zustimmung der Gründer ist es der öffentlichen Verwaltung erlaubt, Daten wiederzuverwenden und untereinander auszutauschen.

- 2) Es gibt einen zentralen Zugang, über den alle relevanten Informationen und Prozesse für die Gründung zu finden sind. Gewerbeanmeldung wird innerhalb eines Tages, Steuernummer innerhalb von 5 Tagen zugeteilt.

- 3) Bürokratieanforderungen für Gründer sind auf ein notwendiges Minimum reduziert.

- 1) Zentrales bundesweites Datenregister bereits für Gründer schnell und sicher etablieren mit eindeutiger Identifizierung und Authentifizierung für natürliche und juristische Personen.

- 2) One-Stop-Shop für Gründer: Alle Behördenleistungen werden online über ein Gründungsportal gebündelt, z. B. Gewerbe- und Steuernummeranmeldung, Handelsregistereintrag, Fördermittelbeantragung.

- 3) Transparente Gründungsinformationen, Reduktion der Dokumentation im ersten Jahr, Vereinfachung von Formularen, Genehmigungs- und Antragswegen sowie durchgängige Online-Verfahren.

## Impuls 2

### Steuerliche Erleichterungen für Existenzgründer voranbringen

- 1) Die bisherige Verpflichtung zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung ist für Neugründer befristet bis Ende 2026 ausgesetzt.
- 2) Nur Kleinunternehmer mit einem Umsatz unter 22.000 Euro profitieren von einer vereinfachten Umsatzsteuererklärung. Diese Grenze erreicht zu wenig Gründer.

- 1) Damit administrative Belastungen für Gründer abgebaut werden, wird auch künftig auf die Umsatzsteuer-Voranmeldung verzichtet.

- 2) Eine größere Anzahl von Gründern sollte in der Anfangsphase von vereinfachten Vorschriften profitieren, um sich stärker aufs Geschäft zu konzentrieren.

- 1) Monatliche Abgabepflicht der Voranmeldungen für Existenzgründer sollte dauerhaft (nicht nur befristet) abgeschafft werden.

- 2) Umsatzsteuergrenze für Kleinunternehmen auf 35.000 Euro anheben.

## Impuls 3

### Anreize für Neugründungen setzen

- 1) Für die Begleitung der Startups in ihrer kapitalintensiven Wachstumsphase sind die VC-Fonds in Deutschland i.d.R. zu klein. Gerade spätere Finanzierungsrunden auf dem Weg zum „Unicorn“ mit internationaler Relevanz sind nicht möglich. Daher wandern sie ins Ausland ab.
- 2) Investoren und VC-Fonds stehen vor steuerlichen und bürokratischen Hürden, z.B. fällt Umsatzsteuer auf die Verwaltungsleistung von VC-Fonds an und bislang können Investments in Startups nicht sofort steuerlich geltend gemacht werden.
- 3) Beschränkungen und Nachfrageeinbrüche aufgrund der Coronakrise haben sich negativ auf das Gründergeschehen ausgewirkt. Gute Startbedingungen sollten Neugründungen fördern.

- 1) Institutionelle Anleger und die Gesellschaft investieren in Deutschland ähnlich viel in Venture Capital wie in den USA<sup>1</sup>. Große VC-Fonds haben sich wie in den USA etabliert und eine verlässliche Rendite-Historie aufgebaut.

- 2) Es liegen steuerliche Rahmenbedingungen für Investoren liegen vor, die Anreize für ein prosperierendes Investitionsklima schaffen.

- 3) Die Gründungsszene ist wieder vital und ein wichtiger Baustein für unternehmerische Dynamik und digitale und nachhaltige Innovationen.

- 1) Zukunftsfonds Deutschland in der Anfangszeit mit staatlicher Unterstützung etablieren (diskutiertes Volumen 10 Mrd. Euro; Renditeverteilung z.B. nach dem „Wasserfall“-Prinzip).

- 2) Investments in Startups sofort steuerlich geltend machen, die Verlustverrechnung verbessern, Umsatzsteuer auf die Verwaltungsleistung von VC-Fonds abschaffen.

- 3) KfW-Förderprodukte, wie das KfW-Startgeld, sollten für kleinere Volumina vereinfachte Prüfverfahren vorsehen. Für den Gründungszuschuss sollte die Bezugsdauer ggfs. verlängert, die Wartezeit bei einem Restart verkürzt werden.

## Situation

Anzahl der innovativen Mittelständler ist auf 19 % gesunken<sup>1</sup>.



## Zielsetzung

Innovationen aus Deutschland: schnell, global erfolgreich.



## Lösung

„Machermentalität“ fördern.



### Impuls 1

Deutschland und EU zum „Technologieowner“ neben USA und China machen

- 1) Die deutsche Hightech-Strategie 2025 ist solide, aber nicht visionär. Sie nimmt richtige Herausforderungen auf, enthält aber keine Vorstellung von der technologischen Positionierung Deutschlands in der Welt 2030.
- 2) Deutschland und die EU laufen technologisch den USA und China hinterher.

- 1) Es gibt eine Vision 2030 mit 5 technologischen Kernbotschaften und einen Umsetzungsplan.
- 2) Es gibt eine europäische und deutsche Vision für die Technologieführerschaft (Antwort auf China 2025).

- 1) Relevante Zukunftstechnologien (z. B. KI, altern. Antriebe & Energiequellen, Mikroelektronik) gemäß Vision und Plan (Zielen!) gesondert fördern und den Wissenstransfer zur Wirtschaft gewährleisten.
- 2) Stärken und Schwächen bei den Schlüsseltechnologien sowie das Marktumfeld analysieren. Nicht erfolgreiche anwendungsnahe Forschungseinrichtungen / geförderte Cluster konsequent schließen.



### Impuls 2

Digitale Souveränität Europas vorantreiben

- 1) Digitale Plattformen entwickeln sich zu Monopolen. Unternehmen sind zum großen Teil von Digitalkonzernen aus Drittstaaten abhängig.
- 2) Unternehmen nutzen ihre Daten zu wenig. Oft ist unklar, wer generierte Daten wie verarbeiten darf. Potentielle Chancen aus neuen Geschäftsmodellen bleiben damit ungenutzt.

- 1) Markt- und wettbewerbsfähige Lösungen auf deutscher und EU-Ebene sind erfolgreich. Wachstumskapital durch in- und ausländische Investoren steht auf Augenhöhe mit den USA und China zur Verfügung.
- 2) Recht auf Datenzugang und -teilhabe ist abgestimmt. Datengetriebene Geschäftsmodelle aus Deutschland / der EU sind international erfolgreich am Markt.

- 1) Vorhandene Lösungsansätze (z.B. GAIA-X) praxisnah zusammen mit Unternehmen weiter entwickeln. Staatliches Wachstums- und Wagniskapital bereitstellen und privates Investments attrahieren.
- 2) Rechtssicherheit im Umgang mit Daten schaffen (z. B. durch Novelle EPVO und DSGVO). Denken in Geschäftsmodellen in die Bildung integrieren.



### Impuls 3

Schneller in den Markt: Technologietransfer neu ausrichten

- 1) Der schnelle Transfer von wiss. Erkenntnissen und Technologieentwicklungen in den Markt funktioniert nicht. Akteure fehlen, die aktiv auf KMU zugehen und Partner der Unternehmen sind.
- 2) Eine umfassende Wissensbasis über vorhandene wissenschaftliche Kompetenzen an deutschlandweiten Wissenschaftseinrichtungen fehlt.
- 3) Schutzrechtsverhandlungen, mangelndes Praxisverständnis und „Denken in Semestern“ erschweren Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen.

- 1) Der Technologietransfer ist professionalisiert. Regionale Ansprechpartner für KMU sind bei Wirtschaftsfördereinrichtungen (u.a. IHKs) angesiedelt.
- 2) Umfassende Wissensbasis über Technologiekompetenzen für Anfragen von Unternehmen existiert und wird gepflegt.
- 2) In der Wissenschaft liegen pragmatische Regelungen für den Umgang mit Schutzrechten, Praxiserfahrungen und praxisorientiertes Projektmanagement vor.

- 1) Regionale Technologiescouts und Technologievermittler bei unternehmensnahen Einrichtungen (wie IHKs) implementieren.
- 2) Zentrale Wissensdatenbank zur Forschungslandschaft aufbauen und betreiben. Überblick über das vorhandene Wissenschafts-Know-how priorisieren.
- 3) Praxisorientiertes Arbeiten in der Wissenschaft fördern (z. B. Projekte mit Unternehmen), ggf. Bonus für guten Technologietransfer einführen.



### Impuls 4

„Erst mal machen“ statt regulieren

- 1) Komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren und Prüfvorschriften (z. B. Umweltauflagen, Brandschutz, Barrierefreiheit, Produktsicherheit) hemmen kurze Wege in den Markt.<sup>2</sup>
- 2) Die Marktakzeptanz von Technologien kann nicht am Anfang einer Entwicklung unter Realbedingungen getestet werden.

- 1) Schnelle Genehmigungen (festgelegte Zeiträume) und handhabbare Vorschriften sind eingeführt. D reguliert nicht mehr als die EU vorschreibt (kein „Gold-Plating“).
- 2) Förderlücke zwischen Demonstrator und funktionsfähiger Kleinserie sind geschlossen. Realitätsnahe Testfelder für den Markttest stehen bereit.

- 1) Gesetze und Vorschriften besser aufeinander abstimmen, Analogieschlüsse bei Genehmigungen zulassen. Bessere Kontrollen und Sanktionen statt schärferer Regeln.
- 2) Entwicklung vom Demonstrator zur Kleinserie fördern (z. B. durch Erweiterung von ZIM). Schnell zeitlich befristete Anwendungen in begrenzten Testmärkten zulassen („Innovationsregionen“).

## Situation

Anzahl der innovativen Mittelständler ist auf 19 % gesunken<sup>1</sup>.



## Zielsetzung

Innovationen aus Deutschland: schnell, global erfolgreich.



## Lösung

„Machermentalität“ fördern.



### Impuls 5

#### Projektförderung erleichtern

- 1) Die Antragstellung in der Projektförderung ist zu kompliziert (z. B. Antragsverfahren digital & schriftlich, Nebenbestimmungen). Calls entsprechen nicht der Realität in Unternehmen, denn Innovationen richten sich nicht nach Stichtagen.
- 2) Die Förderlandschaft ist unübersichtlich und die Abgrenzung der Programme ist oftmals schwierig. Bspw. existieren vier Programme zur E-Mobilität von vier unterschiedlichen Ministerien).

- 1) Einheitliche Anträge und Abrechnung. Antragstellung ist fortlaufend möglich.

- 1) Zentrale und einheitliche Antragsplattform (Bund und Länder) schaffen. Calls abschaffen.

### Impuls 6

#### „Toolbox“ für Digitalisierung aufbauen

- 1) Digitale Kompetenzen fehlen oft in Unternehmen. Sorge vor Hackerangriffen und Rechtsunsicherheit hinsichtlich der DS-GVO<sup>2</sup> hemmen Digitalisierung und Innovationen<sup>3</sup>.
- 2) Förderung von Softwareentwicklung ist schwierig und derzeit nur indirekt möglich. Nachholbedarf bei vernetzter Produktion, digitalen Geschäftsmodellen.

- 1) Know-how und Bewusstsein für Digitalisierung sowie für Cybersecurity sind in den Unternehmen vorhanden inkl. einer sicheren Dateninfrastruktur und einem praxisakzeptierten DS-GVO-Rahmen.

- 1) Digitale Kompetenzen u. Cybersicherheit in Bildung, Aus- und Weiterbildung integrieren. Zentrale Aufklärung zu Cybersecurity und Anlaufstelle für Unternehmen. Kein Gold-Plating bei der DS-GVO.

- 2) Digitale Prozesse und Geschäftsmodelle sind für Unternehmen Alltag.

- 2) Förderbudget für Digitalisierung / digitale Geschäftsmodelle und niederschwellige Basisinvestitionen deutlich erhöhen. Mittelstand 4.0-Zentren etc. stärken – Präsenz in der Fläche ermöglichen.

### Impuls 7

#### Schutzrechte stärken

- 1) Die Zeit zwischen Patentantrag und Erteilung des Schutzrechts dauert zu lange, u.a. weil (ca. 150) Prüfer beim Deutschen Paten- und Markenamt (DPMA) fehlen.
- 2) Der Schutz neuer digitaler Verfahren und von Software ist in Deutschland in Verbindung mit technischer Wirkung möglich, aber zu wenig bekannt und genutzt.
- 3) Die Kosten für die Verteidigung von Schutzrechten können Existenzen gefährden.

- 1) Die Prüfung – mindestens der Erstbescheid – ist innerhalb eines Jahres nach Antragstellung abgeschlossen. Benchmark: Beschleunigtes Verfahren des EPA (PACE, Erstbescheid nach 3 Monaten).

- 1) Zeitliche Vorgaben für Prüffristen einführen. DPMA durch mehr Prüfer stärken. Optionales, beschleunigtes Prüfverfahren einführen.

- 2) Der Schutz von Software mit technischer Wirkung ist im Mittelstand bekannt und wird genutzt. Ein Abgleich in der Handhabung zwischen EPA und DPMA ist erfolgt.

- 2) Das DPMA sollte Mittelstand gezielt beraten und informieren. Es sollte das Eintragungsverfahren liberalisieren und der dem EPA angleichen.

- 3) Insbesondere kleine Unternehmen erhalten bei der Verteidigung der Schutzrechte Unterstützung.

- 3) Das Kostenrisiko beim Schutzrechtsstreit durch geteilten Streitwert oder Deckelung der erstattungsfähigen Kosten mildern.

### Impuls 8

#### Anwendung von Normen erleichtern

- 1) Um auf dem Markt wettbewerbsfähig zu bleiben und Regularien einzuhalten, müssen Unternehmen eine Vielzahl von teuren Normen kaufen. Gerade für kleine Unternehmen stellt dies eine hohe Hürde dar.
- 2) Die Aktualisierung von Normen kostet Zeit und Geld.

- 1) Unternehmen kennen die für sie relevanten Normen und können sie mit überschaubarem Ressourcenaufwand vorhalten.

- 1) Vor allem kleine Unternehmen erhalten signifikante Preisreduktionen auf Normen (z.B. 50%).

- 2) Unternehmen können stets auf die aktuellen Normen zurückgreifen.

- 2) Vor allem kleine Unternehmen erhalten eine kompetente kostenlose Beratung/Newsletter zu den Inhalten und Aktualisierungen von Normen.

Leistungsfeindliche Besteuerung, Hochsteuerland Deutschland, komplexe Regeln



Leistungs- und auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft stärken



Praktikables Unternehmenssteuerrecht für höhere Innovations- und Investitionskraft sowie mehr Rechts- und Planungssicherheit



## Impuls 1

Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Steuersystems verbessern – gerade jetzt in und nach der Krise!

- 1) Die Liquiditäts- und Ertragslage vieler Unternehmen ist in der Krise extrem angespannt. Dies wird durch eingeschränkten Verlustrücktrag noch verschärft. Auch können Unternehmen, die nach der Krise wieder Gewinn machen, nur 60% der Gewinne, die 1 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung 2 Mio. Euro) übersteigen, sofort mit Verlustvorträgen verrechnen. Hierdurch fallen trotz noch bestehender Verlustvorträge Steuern an, was das betriebliche Eigenkapital belastet. Belastend wirkt auch die Kostenbesteuerung.
- 2) Leistungsfeindliche Steuerregeln - insbesondere hohe Unternehmenssteuersätze - belasten die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen.
- 3) Regelmäßige Diskussionen um höhere und neue Steuern (z. B. Finanztransaktions-, Digital- oder Plastiksteuer, aber auch Vermögensteuern) verunsichern Entscheider und schaden der Wirtschaft.

- 1) Krise nutzen, um Weichen neu zu stellen und im Wandel die Betriebe zu stärken. Unternehmen durch Stärkung von Eigenkapital finanziell krisenfester machen. Zielgenaue Liquiditätszufuhr für Unternehmen, die vor der Krise ein funktionierendes Geschäftsmodell hatten und ihre Gewinne in Deutschland versteuert haben.

- 2) Anpassung des deutschen an international übliches (niedrigeres) Steuerebeneau.

- 3) (Noch) höhere Belastung hiesiger Unternehmen vermeiden. Deutsches Steuerrecht verursacht bereits heute hohe Befolgungskosten und enthält umfassende Regeln zur Verhinderung von Steuerumgehungen.

- 1) Verlustberücksichtigung verbessern. Neben der beschlossenen Erhöhung des Rücktragsvolumens insbesondere Verlustrücktrag auf mindestens drei bis fünf Jahre ausweiten. Mindestgewinnbesteuerung wenigstens temporär aussetzen, auf jeden Fall aber sofort abziehbaren Verlustvortrag für 2020 und 2021 anheben. Kostenbesteuerung (z. B. gewerbsteuerliche Hinzurechnungen, unvollständiger Ansatz von Pensions- und anderen langfristigen Verpflichtungen) zurückführen.

- 2) Unternehmenssteuer auf 25% absenken. Mittelstandsbauch verringern (Grenzsteuersatz senken, Spitzensteuersatz erst ab höherem zu versteuernden Einkommen). Kalte Progression abmildern (regelmäßige Tarifanpassung). Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen.

- 3) Weder Steuererhöhungen noch neue Steuern oder Sonderabgaben zur Finanzierung der Krisenkosten, da absolut kontraproduktiv.



## Impuls 2

Innovations- und Investitionskraft der Unternehmen stärken

- 1) OECD-/EU-Maßnahmen zur Eindämmung unerwünschter Steuergestaltungen sind in der Grundrichtung zu begrüßen. Die nationale Umsetzung ist aber für hiesige Betriebe durch bürokratische und finanzielle Zusatzlasten kritisch.
- 2) Steuerliche Rahmenbedingungen behindern die Innovations- und Investitionskraft der Wirtschaft, gerade auch im internationalen Wettbewerb.

- 1) Keine Übererfüllung bei Umsetzung von europäischen und anderen supranationalen Vorgaben (wie Transparenz-, Berichts- und „Missbrauchsbekämpfungs“-Regeln) in deutsches Recht.

- 2) Steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie für digitale Transformation setzen. Steuerliche Voraussetzungen für Startups und für Innovationen verbessern. Investitionen anregen.

- 1) Weiteren Pflichten – falls überhaupt notwendig – nicht nur EU-weit, sondern nur im umfassenden internationalen Konsens zustimmen, möglichst mit Moratorium während Corona-Krise.

- 2) Steuerliche FuE-Förderung ausbauen. Abschreibungen beschleunigen (orientiert am technologisch schnelleren Wertverzehr). Degressive Abschreibung entfristen (aktuell auf Investitionen 2020/2021 beschränkt). Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 5.000 Euro erhöhen. Abschreibungsdauer für digitale Wirtschaftsgüter (wie z. B. Hard- und Software) verkürzen. Zugang zu VC erleichtern (u.a. Investments in Startups sofort steuerlich geltend machen, Umsatzsteuer auf Verwaltungsleistung von VC-Fonds abschaffen).

Leistungsfeindliche Besteuerung, Hochsteuerland Deutschland, komplexe Regeln



Leistungs- und auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft stärken



Praktikables Unternehmenssteuerrecht für höhere Innovations- und Investitionskraft sowie mehr Rechts- und Planungssicherheit



## Impuls 3

Einfache, moderne steuerliche Verfahrensregeln und positive Anreize für mehr Kooperation schaffen

1) Digitalisierung und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens nutzt vorrangig den Finanzbehörden. Auch werden Unternehmen immer mehr als Gehilfen des Staates eingespannt. Zudem wird trotz der langjährigen Niedrigzinsphase, in der es teilweise zu Negativzinsen kommt, im Besteuerungsverfahren ein zu hoher Zinssatz von 6% angewendet.

2) Zunehmend Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanzbehörden und Steuerpflichtigen. Streitigkeiten binden auf beiden Seiten unnötig Ressourcen und führen zu Rechts- und Planungsunsicherheit.

1) Nicht nur Finanzverwaltung, sondern auch die Steuerpflichtigen sollten gleichermaßen von der Digitalisierung und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens profitieren. Zudem sollte die Verwaltung bei der Umsetzung von digitalen Angeboten die Nutzersicht und insgesamt eine Service-Orientierung in den Vordergrund stellen.

2) Smarte Verfahrens- und Anreizsysteme, die das Vertrauensverhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Steuerpflichtigen und Finanzbehörden stärken, als positiven Standortfaktor im internationalen Wettbewerb begreifen.

1) Steuerprüfungen zeitnah und zeitlich gestrafft durchführen und spätestens fünf Jahre nach dem Veranlagungsjahr abschließen. Aufbewahrungsfristen entsprechend verkürzen. IT-Lösungen einrichten, die beiderseitigen Datenaustausch zum ermöglichen. Zinssatz von 6% im Besteuerungsverfahren deutliche reduzieren.

2) Mehr Kooperation statt Konfrontation im Besteuerungsverfahren schaffen. Für Unternehmen, die über das Erforderliche hinaus mitwirken und offen sein möchten, verbindliche Anreize setzen (wie schnellere Planungs- und Rechtssicherheit). Kooperative Instrumente verbessern (Lohnsteueranrufungsauskunft, verbindliche Auskunft, zeitnahe Außenprüfung) und ausbauen (z. B. Ausdehnung der Anrufungsauskunft auf Umsatzsteuer). Neue Kooperationsmodelle schaffen, die an einem klar strukturierten Tax-Compliance-Ansatz anknüpfen.

## Impuls 4

Mittelstand sichern, insbesondere durch Steuervereinfachung und Bürokratieabbau

1) Komplexe Steuervorschriften und -pflichten binden gerade in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Ressourcen und hemmen dadurch deren Produktivität und Leistungsfähigkeit.

2) Vor allem für die vielen KMU ist der Unternehmensübergang kritisch. Anfallende Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer schwächt die Substanz der Unternehmen, entzieht ihnen Liquidität und führt zu negativen Investitionsentscheidungen oder Arbeitsplatzverlusten.

3) Steuerregeln zur Begünstigung nicht entnommener Gewinne bei der Einkommensteuer (Thesaurierungsbegünstigung) sind komplex und werden in der Praxis nicht flächendeckend genutzt.

1) Rückbau von Steuer-Bürokratie, gerade auch im Mittelstand, als Wachstumsprogramm und positiven Standortfaktor nutzen.

2) Schutz und Stärkung des Mittelstandes muss auf der Agenda bleiben. Deshalb geltende Regelungen unbürokratisch und praktikabel handhaben, unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Familienunternehmen.

3) Steuerliche Anreize für Gewinnthesaurierung insbesondere bei Personengesellschaften erhöhen, um Eigenkapitalbasis zu stärken.

1) Transparentere und einfachere Steuerregeln schaffen (z. B. höhere Kleinbetrags- und Pauschbeträge). Vielfältige Dokumentations-, Aufzeichnungs- und Nachweispflichten, vor allem in den Massenverfahren der Lohn- und Umsatzsteuer, abbauen.

2) Unternehmensbewertung und Verschonungsregelungen praxismäßig ausgestalten und dabei die besondere Finanzierungssituation des Mittelstandes besser berücksichtigen sowie Bindungsfristen auf eine realitätsnahe Dauer reduzieren.

3) Steuerliche Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften verbessern, vor allem durch Absenkung des Steuersatzes für einbehaltene und nachgelagerte besteuerte Gewinne sowie Abbau von Umstrukturierungshemmnissen.